

**Rede
des Fraktionsvorsitzenden**

Grant Hendrik Tonne, MdL

zu TOP Nr. 8 und 9 – Abschließende Beratungen

**8) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2022/2023**

(Nachtragshaushaltsgesetz 2022/2023)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/22

**9) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum
Nachtragshaushalt der Haushaltsjahre 2022 und
2023**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/23

während der Plenarsitzung vom 30.11.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich zuallererst recht herzlich bei der Landesregierung, beim Ministerpräsidenten und beim Finanzminister, für die Einbringung des Nachtragshaushaltsentwurfs in dieses Parlament bedanken. Ich möchte einen herzlichen Dank an alle beteiligten Häuser sagen. Hier ist im Rekord-tempo ein Nachtragshaushaltsentwurf eingebracht und auch im Rekordtempo im Parlament beraten worden. Er soll heute beschlossen werden. Ich halte es ausdrücklich für richtig, dass in diesen Zeiten, in Krisenzeiten, entsprechend schnell gehandelt wird.

Dieser Nachtragshaushalt trägt eine klare Handschrift. Sie lautet:

Erstens. Wir lassen niemanden allein. Jetzt ist die Zeit des starken Staates.

Zweitens. Ein Versprechen ist mit diesem Nachtragshaushalt gehalten worden. Bereits lange vor der Landtagswahl und auch im Wahlkampf wurde genau das zugesagt, nämlich unmittelbar nach der Wahl in einem zügigen Verfahren einen Nachtrag auf den Weg zu bringen. Wir befinden uns 21 Tage nach der Konstituierung. Das ist genau das Versprechen, das gegeben worden ist und hier heute eingelöst wird.

Drittens. Wir sind handlungsfähig - auch das wird damit sehr deutlich -, auch gegenüber einem völlig enthemmten Despoten mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine mit all den schrecklichen unmittelbaren wie mittelbaren Auswirkungen. Davon lassen wir uns gemeinsam nicht kleinkriegen, und darauf reagieren wir auch mit diesem Nachtragshaushalt.

Bei solchen Entscheidungen steht am Anfang immer die Frage: Haben wir zu helfen? - SPD und Grüne haben diese Frage sehr klar mit Ja beantwortet. Die CDU wird sich diese Frage stellen und sie beantworten müssen. Ich darf Sie aber daran erinnern, wie Ihre Antwort vor der Landtagswahl lautete. Die Antwort lautete: Erstens. Das geht nicht. Zweitens. Das, was vorgeschlagen worden ist, entspricht nicht unseren Prioritäten.

Zu 1: Es geht! Sie sehen, dass es geht. Man muss es nur wollen, meine Damen und Herren von der CDU.

Herr Thiele, das Lächeln ist eine Aufforderung, auf Sie gleich auch noch persönlich zu sprechen zu kommen.

Das permanente Zeigen nach Berlin reicht dafür auch nicht aus. In Krisenzeiten sind wir eben auch in der Verantwortung, unmittelbar selbst unserer Pflicht nachzukommen und Verantwortung zu übernehmen.

Zu 2: In diesem Nachtragshaushalt finden sich die Prioritäten von SPD und Grünen. Unsere Antwort ist u. a. ein Härtefallfonds - gemeinsam mit den Kommunen - in Höhe von 55 Millionen Euro, um den Menschen bei den exorbitant hohen Energiepreisen zu helfen und sie zu unterstützen. Unsere Antwort sind 200 Millionen Euro für Schulen und Kitas, um Preisstabilität für die Verpflegung und Energie in den Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Ich sage Ihnen: Damit einher geht eine klare Erwartungshaltung. Diese Erwartung lautet: Die Schulen bleiben offen, das Mittagessen wird nicht teurer. Unsere Erwartung lautet: Die Kitas bleiben offen, und es wird dort nicht kälter. - Ich persönlich füge übrigens bei den Leistungen an die Kommunen hinzu: Ich habe auch die Erwartungshaltung, dass Hallenbäder offen bleiben und Schwimmkurse, die wir mühsam unterstützen, nicht gestrichen werden müssen.

Unsere Antwort ist auch, 30 Millionen Euro für die soziale Infrastruktur, insbesondere für die Jugend- und Familienarbeit zur Verfügung stellen, weil wir nicht wollen, dass nach Corona wieder Einschränkungen für Kinder und Jugendliche stattfinden müssen. Genau dem soll begegnet werden. Genau damit reagieren wir. Das sind unsere Prioritäten, meine Damen und Herren.

Unsere Antworten und Prioritäten sind: passgenaue Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen in Höhe von 200 Millionen Euro, Unterstützung der Veranstaltungsbranche und des Kulturbereichs, Unterstützung der Studierendenwerke, Unterstützung des Sports und des Krankenhausbaus.

Schlicht und einfach: Dieser Nachtragshaushalt und ganz besonders der in ihm verankerte Rettungsschirm in Höhe von 970 Millionen Euro ist die konkrete politische Entscheidung, die Menschen in dieser sehr belastenden Zeit nicht allein zu lassen. Es sind unsere Prioritäten, und es sind die richtigen Schwerpunktsetzungen, meine Damen und Herren.

Aus diesem Nachtragshaushalt ist ersichtlich, dass insbesondere die Kommunen richtigerweise unterstützt werden: beispielsweise mit 176 Millionen Euro für die Unterbringung von geflüchteten Menschen, insbesondere auch durch unsere klare Aussage zur Übernahme der Kofinanzierung zum ÖPNV-Ticket in Höhe von 160 Millionen Euro und auch durch die Aussage, dass diese Gelder schnell und unbürokratisch in Form von Pauschalen fließen sollen.

Wir werden uns miteinander schon entscheiden müssen: Wollen wir es schnell und unbürokratisch - dann geht das nur mit Pauschalen -, oder wollen wir Einzelfallprüfungen? Letzteres dauert länger; das können wir uns in der jetzigen Zeit aber nicht leisten. Wir haben uns sehr klar für den Weg entschieden, schnell und unbürokratisch zu handeln und auch Vertrauen in die richtigen Entscheidungen vor Ort zu haben.

Ich erlaube mir übrigens auch den Hinweis, dass ich in diesem Kontext die Äußerung „kommunalfeindliche Politik“ in der Anhörung für eine unfassbare Entgleisung halte.

Meine Damen und Herren, es freut mich besonders, dass auch die niedersächsischen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen analog zum Bund mit einer Energiepreispauschale von 300 Euro entlastet werden können.

Herr Thiele, ich habe Ihre Pressemitteilung kurz vor der Landtagswahl - deswegen habe ich Sie vorhin angeguckt - noch gut vor Augen, in der Sie gesagt haben: Ja, das soll kommen, aber das soll der Bund für uns regeln. Wir bekennen uns auch hier sehr klar dazu, dass wir in der Verantwortung stehen, dass wir diese Gelder auch zahlen. Deswegen wird das auch hier bei uns entsprechend hinterlegt. Wir regeln das, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, heute ist der 30. November 2022. Die Landesregierung hat am 8. November ihre Arbeit aufgenommen. Drei Wochen später steht der Nachtragshaushalt. Das ist ein gutes Signal für Niedersachsen. Das sind die richtigen Schwerpunkte. Deswegen werbe ich für eine Zustimmung.

Herzlichen Dank.